



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
BRAUNSCHWEIG

ISW

Forschungsberichte aus dem
Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Nr. 59

Ulrich Menzel

**Anarchie der Staatenwelt
oder hegemoniale Ordnung?**

Mai 2004

ISSN-Nr. 0949-2267

Institut für Sozialwissenschaften
TU Braunschweig, Bienroder Weg 97, D-38092 Braunschweig
Tel.: 0531 - 391 - 89 17
Fax: 0531 - 391 - 89 18
[Http://www.tu-bs.de/institute/isw](http://www.tu-bs.de/institute/isw)

2295-259

Nr. 59

Ulrich Menzel

**Anarchie der Staatenwelt
oder hegemoniale Ordnung?**

Mai 2004

ISSN-Nr. 0949-2267

"Die Anarchie der Staatenwelt" ist eine fast schon axiomatische Annahme in der Lehre von den Internationalen Beziehungen (IB), gleichviel, ob man der realistischen oder der idealistischen Richtung der IB folgt.¹ Auf den ersten Blick scheint diese Annahme zuzutreffen. Soweit wir auf eine quellenmäßig belegbare Geschichte zurückblicken können, ist diese in der Tat im Okzident gleichermaßen wie im Orient durch ein ständiges Wechselspiel von Krieg und Frieden gekennzeichnet. Angesichts der vielen großen und kleinen Kriege ist zu vermuten, dass die Phasen eines dauerhaften Friedens und verregelter internationaler Beziehungen eher selten waren. Als wesentliche Ursache für dieses Problem wird das nicht vorhandene internationale Gewaltmonopol angesehen, das wiederum die Folge des Souveränitätsprinzips ist. Eine überstaatliche Gewalt ist mit dem Souveränitätsprinzip nicht vereinbar. Auf den zweiten Blick folgt das internationale System möglicherweise noch einem anderen Ordnungsmuster.

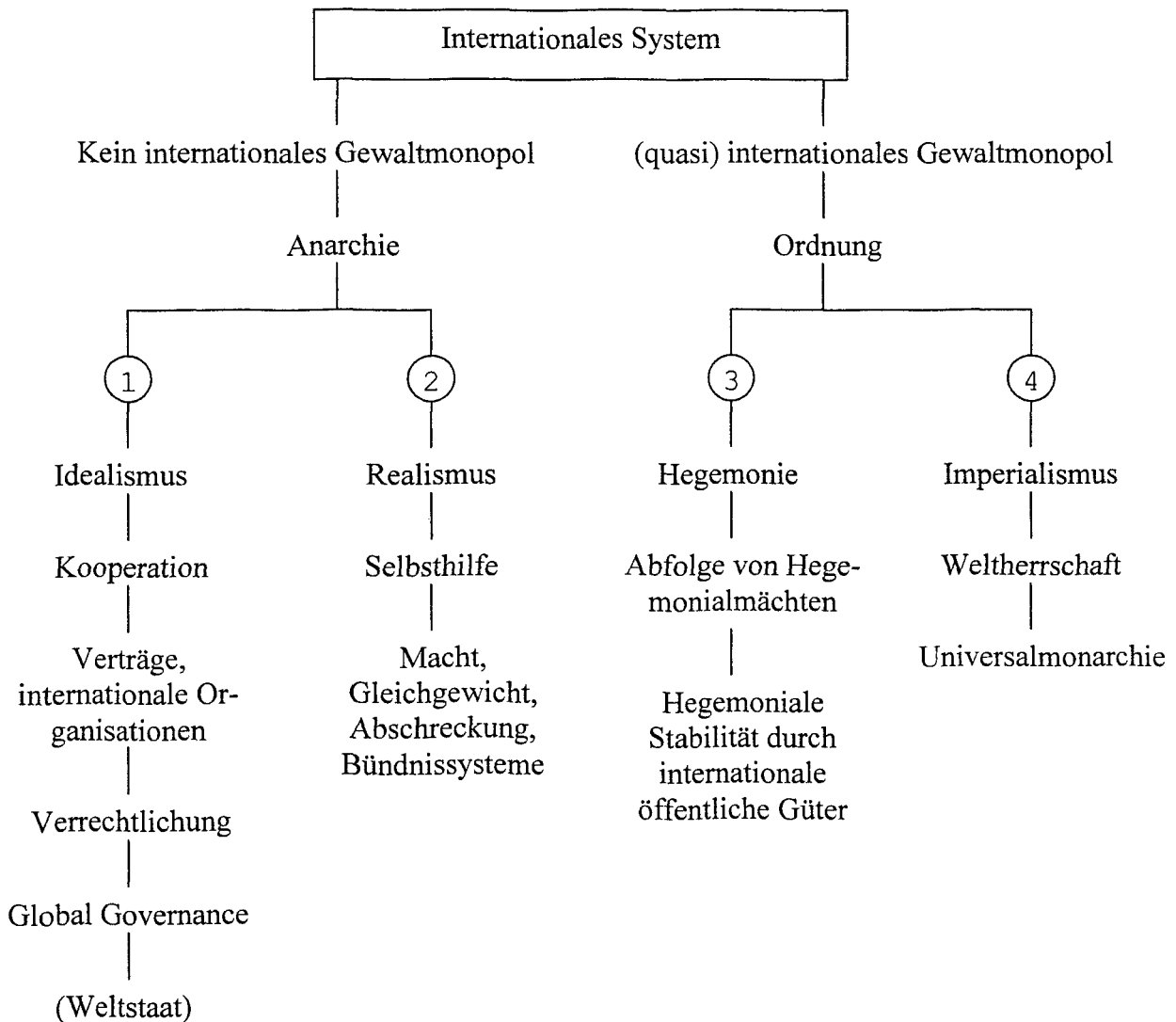
Wie mit der Anarchieproblematik umzugehen ist, dafür hat die Lehre von den Internationalen Beziehungen nämlich verschiedene Antworten anzubieten. Grundsätzlich lassen sich nicht nur zwei, sondern vier Paradigmen unterscheiden: das realistische Paradigma, das auf das Selbsthilfeprinzip, auf Machtpolitik und ggf. auf das Gleichgewicht der Kräfte setzt; das idealistische Paradigma, das auf die Kooperation der Staaten und das Völkerrecht setzt; das hegemonietheoretische Paradigma, das auf eine hegemoniale Weltordnung setzt, wobei Hegemonie sowohl kritisch wie positiv im Sinne des "benevolenten Hegemons"² verstanden werden kann, und das imperialistische Paradigma, das auf Weltordnung durch Weltherrschaft setzt. Die einschlägige

¹ Diesem Text liegt ein Vortrag zugrunde, der am 18.3.2004 im Rahmen der Tagung "Eine aktuelle Diskussion über die Verfassungsrechte in Europa" an der Höheren Richterschule des Staates Pernambuco in Recife gehalten wurde. Er ist im Kontext einer größeren Arbeit über "Hegemonie in der Weltgesellschaft" entstanden, die demnächst in Buchform erscheinen wird.

² Vgl. dazu Joseph S. Nye, *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. New York: Basic Books 1990.

Literatur, auch wenn sie weit in die Geschichte zurückgreift und ihre theoretischen Argumente mit historischem Material unterfüttert, kann durchaus aktuelle Einsichten vermitteln, weil wir derzeit Zeuge einer Konstellation sind, die Indizien für die Richtigkeit von drei der vier Sichtweisen aufweist.

Abb. 1: Vier Weltordnungsmodelle



Die klassische Grundannahme der realistischen wie der idealistischen Richtung der Lehre von den Internationalen Beziehungen lautet, dass das internationale System, also die Welt der

Staaten, durch Anarchie gekennzeichnet ist³. Anders als im nationalen Rahmen, wo der Staat das Gewaltmonopol besitzt, dieses durch seine Organe durchsetzt und bei dessen Verletzung auch Sanktionen ergreift, gibt es kein internationales Gewaltmonopol. Alle Staaten sind souverän. Dieses war das wichtigste Prinzip, das mit der Etablierung des internationalen Staatensystems durch den Westfälischen Frieden von 1648 erstmals vertraglich festgeschrieben wurde⁴. Aufgrund der Vertragsorte Münster und Osnabrück spricht man auch vom "Westfälischen Staatensystem". Insbesondere der am 15. Mai 1648 in Münster zwischen den spanischen Habsburgern und den Vereinigten Provinzen der Niederlande beschworene Friede, der die de facto bereits lange bestehende Souveränität der Niederlande auch de jure festsetzte, hatte hier paradigmatische Bedeutung. Die von dem niederländischen Maler Gerard ter Borch festgehaltene Szene markiert nicht nur den symbolischen Gründungspakt der Niederlande, sondern zugleich auch den endgültigen Abstieg der einstigen Hegemonialmacht Habsburg, die ihren Anspruch auf die Universalmonarchie zugunsten des Souveränitätsprinzips aufgeben musste (vgl. Abb.2). Im Zuge der europäischen Welteroberung und der anschließenden Entkolonialisierung wurde das Westfälische Staatensystem auf die ganze Welt ausgebreitet.

Mit dem Souveränitätsprinzip ist eine überstaatliche Gewalt nicht vereinbar. Die realistische Theorie setzt deshalb auf das Prinzip der Selbsthilfe. Jeder Staat hat außenpolitische Interessen, die er gegen widerstrebende Interessen anderer Staaten durchzusetzen hat. Das Instrument zur Durchsetzung von Interessen ist Macht. Um im Sinne Hobbes' im internationalen Kampf aller gegen alle gewappnet zu sein, muss ein Staat sein Machtpotential maximieren. Zentrales Interesse eines jeden Staates ist das Streben nach Sicherheit. Anthropologisch argu-

³ Vgl. dazu Ulrich Menzel, Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen. Frankfurt: Suhrkamp 2001.

⁴ Vgl. dazu den Klassiker Fritz Dickmann, Der Westfälische Frieden. Münster: Aschendorff, 7. Aufl. 1998.

mentiert - das Interesse an der Erhaltung der eigenen Art. Nationale Sicherheit gewinnt ein Staat durch Rüstung, im äußersten Fall auch durch den Krieg, wenn er glaubt, nicht anders seine Sicherheitsinteressen wahrnehmen zu können. Das *ius ad bellum*, das Recht zur Kriegführung, wurde jedenfalls im klassischen realistischen Denken als höchster Ausdruck staatlicher Souveränität angesehen.

Abb. 2: Gerard ter Borch "Friede von Münster" am 15. Mai 1648



Da aber der Frieden, hier eher als Nicht-Krieg verstanden, durchaus ein erstrebenswertes Politikziel ist, kann dieses nur erreicht werden, wenn für den potentiellen Angreifer das Risiko des Krieges zu groß ist. Aufrüstung zum Zweck der Abschre-

ckung oder ein Gleichgewicht der Kräfte, das durch wechselnde Bündnissysteme hergestellt wird, so wie von den fünf Großmächten des europäischen "Konzerts" im 18. und 19. Jahrhundert oder dem westlichen (NATO) und östlichen (Warschauer Pakt) Bündnis in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts praktiziert, sind aus dieser Sicht Instrumente der Friedenssicherung. Wahrung der Souveränität, Machtstreben und Gleichgewicht – das sind die klassischen Grundsätze einer realistischen Weltordnungspolitik⁵. Die Lehre vom gerechten Krieg, die bis auf Augustinus, Thomas von Aquin und die spanischen Spätscholastiker zurückgeht, war aus idealistischer Sicht der erste Versuch, die Willkür der Kriegführung einzuhegen und einen normativen Rahmen zu setzen, innerhalb dessen die Kriegführung nur noch zulässig war⁶.

Die vielen Kriege vor und nach dem Westfälischen Frieden haben aber gezeigt, dass weder die Lehre vom gerechten Krieg noch die Kunst der Gleichgewichtsdiplomatie eines Metternich oder Bismarck oder die Abschreckungspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg in der Tradition von Clausewitz immer nur begrenzte Erfolge gezeigt haben. Die neuere idealistische Theorie im Anschluss an Kant baut deshalb zur Lösung der Anarchieproblematik auf die Kooperationsfähigkeit und den Kooperationswillen der Staaten – also auf den normativ fundierten positiven Frieden. Dahinter steht ein anderes Menschenbild als im Realismus. Der Mensch ist nicht nur triebgesteuert und strebt nach Macht, Sicherheit oder Besitz – er ist auch vernunftbegabt, deshalb rationalen Argumenten zugänglich, er lernt aus Erfahrung. Min-

⁵ Vgl. dazu Harald Kleinschmidt, *Geschichte der internationalen Beziehungen*. Stuttgart: Reclam 1998; John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*. New York: W.W. Norton 2001; Andreas Osiander, *The State System of Europe, 1640-1990: Peace Making and the Conditions of International Stability*. Oxford: Clarendon Press 1994; Arno Strohmeyer, *Theorie der Interaktion. Das europäische Gleichgewicht der Kräfte in der frühen Neuzeit*. Wien: Böhlau 1994.

⁶ Vgl. dazu Gerhard Beestermöller, *Thomas von Aquin und der gerechte Krieg. Friedensethik im theologischen Kontext der Summa Theologica*. Köln: Bachem 1990.

destens sind aber seine Triebe durch Erziehung zu normengeleitetem Verhalten zähmbar. Hier setzt auch die aus der Friedens- und Konfliktforschung abgeleitete Friedenspädagogik an.

Ähnlich verhält es sich mit den Staaten. Wie im Realismus wird auch im klassischen Idealismus durch Analogie aus einer anthropologischen Theorie eine politische Theorie. Die schrecklichen Erfahrungen des Krieges, insbesondere die Erfahrung, dass der Krieg sich nicht rechnet⁷, dass dessen Kosten auch für den Gewinner immer höher sind als sein Nutzen, führen bei den politischen Eliten zu der Einsicht, dass internationale Interessenkonflikte durch Kompromiss, durch internationale Abkommen und Organisationen, durch die Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Beziehungen, durch die Etablierung des Völkerrechts ausgeglichen und dauerhaft verregelt werden können. Eine Variante des Idealismus ist aufgrund dieser Überlegungen der Institutionalismus in der Lehre von den Internationalen Beziehungen. Auf diese Weise entstehen internationale Normen, die ordnungsstiftend wirken. Realistisch abgefedert wird der idealistische Ansatz durch das Argument, dass kooperatives Verhalten sich auch rechnen muss. Immer dann, wenn kooperatives Verhalten für die Staaten bessere Politikergebnisse als das Vertrauen auf die Selbsthilfe zeigt, steigt auch die Bereitschaft zur Kooperation und zum damit verbundenen Souveränitätsverzicht.

Konzediert wird allerdings, dass kooperatives Verhalten zwischen Staaten, die selber idealistischen und damit demokratischen Normen verpflichtet sind, wahrscheinlicher ist als Kooperation mit oder zwischen autokratischen Staaten. Die idealistische, auf Kant zurückgehende "Theorie des demokratischen

⁷ Der klassische idealistische Text zu diesem Argument stammt von Norman Angell, *The Great Illusion: A Study of the Relation of Military Power in Nations to Their Economic and Social Advantage*. London: Heinemann 1911.

Friedens"⁸ betont deshalb, dass zumindest Kriege zwischen Demokratien nicht geführt werden, weil diese eine Wertegemeinschaft bilden, die den Krieg als Konfliktregelungsmechanismus ausschließt, und weil die innerstaatlichen Kontrollmechanismen als Bremse gegen leichtfertige Kriegführung wirken, da sich das Interesse der Betroffenen, die die eigentlichen Lasten des Krieges zu tragen haben, zu artikulieren vermag. Die Ausbreitung der Demokratie ist aus dieser Sicht zugleich Friedenspolitik und wirkt damit international ordnungsstiftend. Als utopisches Ziel konnte so am Ende eines langen Prozesses von freiwilligem Souveränitätsverzicht und der Übertragung von Souveränität an transnationale Institutionen der Weltstaat stehen.

Die Vorgeschichte des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs wie auch der Ost-West-Konflikt haben jedoch die Grenzen idealistischer Politik gezeigt, die immer dann erreicht sind, wenn sich einzelne Staaten nicht an die Regeln des Völkerrechts halten⁹. Deshalb waren der Völkerbund wie im Grunde auch die Vereinten Nationen bei den großen internationalen Konflikten zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, hat insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg eher der Realismus als der Idealismus das Handeln der Politiker bestimmt. Dennoch – der europäische Integrationsprozess wie das derzeit diskutierte Konzept von Weltordnung durch global governance, die durch die Rede des älteren Bush "Towards a New World Order" vom 11. September 1990 zusätzlichen Auftrieb erhalten hatte, stehen in der idealistischen Tradition.

⁸ Aus der zahlreichen Literatur vgl. Michael E. Brown/Sean M. Lynn-Jones/Steven E. Miller (Hrsg.), *Debating the Democratic Peace*. Cambridge, Mass.: MIT Press 1996; Mathias Lutz-Bachmann/James Bohman (Hrsg.), *Perpetual Peace: Essays on Kant's Cosmopolitan Ideal*. Cambridge, Mass.: MIT Press 1997.

⁹ Vgl. dazu die klassische Studie von Edward Hallet Carr, *The Twenty Years' Crisis 1919-1939: An Introduction to the Study of International Relations*. Houndmills: Macmillan 1981; 1. Aufl. 1939. Carr leitete mit seiner Kritik am Idealismus der Zwischenkriegszeit die realistische Wende ein. Der klassische Text zum realistischen Paradigma ist Hans J. Morgenthau, *Politics Among Nations: The Struggle for Power and Peace*. 1. Aufl. 1948. 6. Aufl. zusammen mit Kenneth W. Thompson. New York: Mc Graw-Hill 1985.

Seit Ende der 1980er Jahre ist allerdings eine umfangreiche Literatur erschienen, die gegenüber den klassischen Theorien eine konkurrierende Erklärung anzubieten hat, welches Prinzip die Staatenwelt regiert. In dieser wird die Annahme von der Anarchie der Staatenwelt in Frage gestellt und stattdessen der empirische Nachweis versucht, dass das internationale System vor und nach 1648 trotz des Souveränitätsprinzips - zumindest periodisch - durchaus eine Ordnung aufweist¹⁰. Diese Ordnung wird durch eine Abfolge wechselnder Hegemonialmächte hergestellt, die als die eigentlichen Akteure von global governance anzusehen sind und jeweils im Zenit ihrer Hegemonie auch in der Lage sind, "neue Weltordnungen" zu errichten. Nach den älteren Beiträgen deutscher Autoren zu diesem Thema wie des Staatsrechtlers Heinrich Triepel oder des Historikers Ludwig Dehio¹¹ sind hier insbesondere die Arbeiten amerikanischer Politikwissenschaftler wie George Modelski, William Thompson, Karen Rasler oder Robert Gilpin¹², von Historikern wie Paul Kennedy¹³, von Wirtschafts- und Sozialhistorikern wie Charles Kindleberger oder Fernand Braudel¹⁴ oder die in der Braudel-

¹⁰ Ich selber stehe dieser Position nahe und versuche derzeit in einer groß angelegten Arbeit über "Hegemonie in der Weltgesellschaft" auf der Basis eines theoretischen Modells den empirischen Nachweis anhand von historischen Fallstudien über potentielle Hegemonialmächte. Vgl. dazu demnächst Ulrich Menzel, *Hegemonie in der Weltgesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp i.V.

¹¹ Heinrich Triepel, *Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten*. Stuttgart: Kohlhammer 1938. 2. Aufl. 1943. Neudruck hrsg. u. eingel. von Gerhard Leibholz, Aachen: Scientia 1961; Ludwig Dehio, *Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft 1996. 1. Auf. 1948.

¹² George Modelski, *Long Cycles in World Politics*. London: MacMillan 1987; George Modelski/William R. Thompson, *Seapower in Global Politics, 1494-1993*. Houndmills, Basingstoke: MacMillan 1988; George Modelski/William R. Thompson, *Leading Sectors and World Powers: The Coevolution of Global Politics and Economies*. Columbia, S.C.: University of South Carolina Press 1996; Karen A. Rasler/William R. Thompson, *The Great Powers and Global Struggle, 1490-1990*. Lexington: University Press of Kentucky 1994; Williams R. Thompson, *On Global War: Historical-Structural Approaches to World Politics*. Columbia, S.C.: University of South Carolina Press 1988; Robert G. Gilpin, *War and Change in World Politics*. New York: Cambridge University Press 1981.

¹³ Paul M. Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*. Frankfurt: S. Fischer 1989.

¹⁴ Charles Kindleberger, *World Economic Primacy: 1500 to 1990*. New York: Oxford University Press 1996; Fernand Braudel, *Das Mittelalter und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II*. 3 Bde. Frankfurt: Suhrkamp 1998.

Tradition stehenden Immanuel Wallerstein, Janet Abu-Lughod und K.N. Chaudhuri¹⁵ zu nennen.

Trotz aller argumentativen Unterschiede lautet deren grundsätzliches Argument: Mindestens seit Beginn der europäischen Welteroberung am Ende des 15. Jahrhunderts - in der radikaleren Variante bereits seit zweitausend Jahren, als das Römische und das Chinesische Kaiserreich gegründet wurden - war die Weltgeschichte durch eine Abfolge von Hegemonialmächten geprägt, die weltweit oder zumindest in ihrer Region zu Lande und/oder zu Wasser für internationale Ordnung gesorgt haben. Dies taten sie durch die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter¹⁶. Die beiden wichtigsten dieser Güter sind Sicherheit im Sinne von Frieden und Stabilität im Sinne einer Garantie, dass die internationale Wirtschaft ungestört funktionieren kann. Dieser Ansatz wird deshalb auch "Theorie der hegemonialen Stabilität"¹⁷ oder "machtstruktureller Ansatz" genannt. Zu den internationalen öffentlichen Gütern im Bereich der Wirtschaft gehören etwa die Bereitstellung eines internationalen Zahlungsmittels, der Schutz der Freiheit der Meere oder die Etablierung eines Systems von Handelsverträgen. Alle anderen Länder, gleichviel ob sie Teil des Imperiums der Hegemonialmächte sind oder außerhalb ihres direkten Machtbereichs liegen, partizipieren daran mehr oder weniger kostenlos und

¹⁵ Immanuel Wallerstein, *The Modern World System*. 3 Bde. New York: Academic Press 194, 1980, 1989; Janet L. Abu-Lughod, *Before European Hegemony: The World System A.D. 1250-1350*. New York: Oxford University Press 1989; K.N. Chaudhuri, *Asian Before Europe: Economy and Civilisation of the Indian Ocean from the Rise of Islam to 1750*. Cambridge: Cambridge University Press 1990; ders., *Trade and Civilisation in the Indian Ocean: An Economic History from the Rise of Islam to 1750*. Cambridge: Cambridge University Press 1985.

¹⁶ Zur Theorie der öffentlichen Güter vgl. Charles P. Kindleberger, *International Public Goods without International Government*. In: *American Economic Review* 76. 1986, 1. S. 1-13; ferner ders., *World Economic Primacy: 1500 to 1990*. New York: Oxford University Press 1996; ferner Norman Frohlich/Joe A. Oppenheimer/Oran A. Young, *Political Leadership and Collective Goods*. Princeton: Princeton University Press 1971.

¹⁷ Michael C. Webb/Stephen D. Krasner, *Hegemonic Stability Theory: An Empirical Assessment*. In: *Review of International Studies* 15. 1989, 2. S. 183-198.

sind deshalb auch bereit, die hegemoniale Ordnung zu akzeptieren.

Voraussetzungen, dass es zu einer hegemonialen Ordnung kommt, sind erstens, dass es eine Macht gibt, die über die notwendigen Ressourcen verfügt, und zweitens, dass sie auch den Willen zur Hegemonie besitzt. Dieser Wille wird maßgeblich von der Aussicht motiviert, dass der Nutzen der hegemonialen Ordnung für den Hegemon am größten ist, mindestens aber größer ist als die daraus resultierenden hegemonialen Kosten. Internationale Ordnungen, die auf hegemoniale Weise entstanden sind, können sogar weiter existieren, wenn die Hegemonialmacht einen Abstieg zu verzeichnen hat und nicht mehr in der Lage ist, sie aus eigener Kraft aufrecht zu erhalten. Dies ist deshalb möglich, weil die anderen Mächte sich weiterhin freiwillig an ihre Regeln halten, da dies für sie von Vorteil ist. Auf diese Weise kann eine internationale Ordnung, die ursprünglich auf hegemoniale Weise entstanden ist, im Sinne des idealistischen Paradigmas auf kooperative Weise fortbestehen. Es besteht sogar Grund zu der Annahme, dass auf machtsstrukturelle Weise entstandene und auf kooperative Weise weiterlebende internationale Ordnungen besonders stabil sind.

Hegemonialmächte sind dadurch definiert, dass sie über einen bestimmten Zeitraum im Vergleich zu anderen Großmächten über eine herausragende Position in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht verfügen. Als Indikatoren dienen dabei etwa der Anteil an der weltweiten Flotten- oder Truppenstärke, der Anteil an den weltweiten Rüstungsausgaben, am Weltsozialprodukt, am Welthandel, an der weltweiten Industrieproduktion oder am internationalen Finanzwesen. Herangezogen werden aber auch weiche Indikatoren wie die zivilisatorische Ausstrahlungskraft oder die Faszination, die von der populären oder Massenkultur ausgeht. Da Macht als eine relative Größe angesehen wird, ist nicht das absolute Aufkommen der genannten Indikatoren von Be-

deutung, sondern immer nur deren Zu- oder Abnahme im Vergleich zum Aufkommen möglicher Konkurrenten.

Um die Argumentation empirisch zu fundieren, werden, soweit es die Datenlage zulässt, lange Zeitreihen gebildet, um die relative Machtposition einzelner Mächte in der Staatenwelt und damit auch deren Aufstieg und Niedergang im Verlauf der Jahrhunderte zu bestimmen. Demnach hätten aus einer europäischen Perspektive im 14. Jahrhundert Genua, im 15. Jahrhundert Venedig, im 16. Jahrhundert Portugal, im 17. Jahrhundert die Niederlande, im 18. und 19. Jahrhundert Großbritannien und im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Vereinigten Staaten eine mehr oder weniger eindeutige Hegemonialposition eingenommen, wobei für diese Abfolge gerne die relative Stärke der militärischen **Flotte** und der Anteil am **Welthandel** als entscheidende Indikatoren angesehen werden. George Modelski, einer der führenden Hegemonietheoretiker, hat nach jahrelangen mühevollen Archivstudien bezüglich des Indikators "relative Flottenstärke" den empirischen Nachweis erbracht¹⁸. Er spricht von Hegemonie, wenn eine Seemacht mindestens 50 Prozent der weltweiten Kriegsflotte auf sich vereinigt.¹⁹

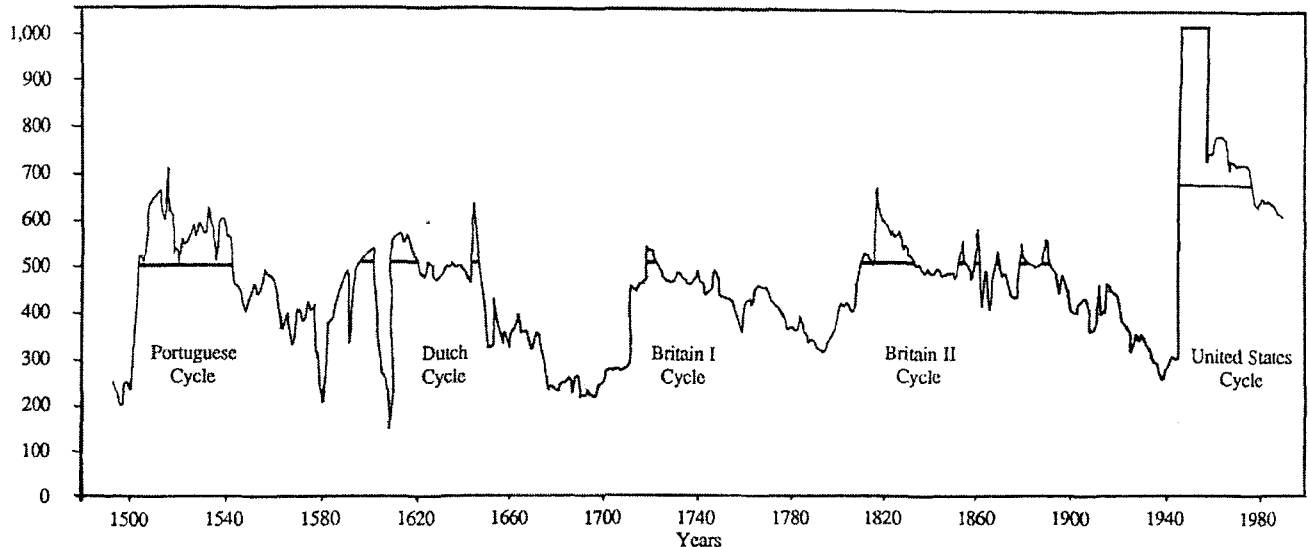
Dahinter steht das Argument, dass See- und Handelsmächte in ganz anderer Weise an weltweiter Hegemonie interessiert und zur weltweiten Hegemonie befähigt sind als Territorial- und Industriemächte. Das Spanische oder Österreichische Habsburger Reich, das Frankreich Ludwigs des XIV. oder Napoleons, das Osmanische Reich, später Deutschland oder Russland waren demzufolge eher Territorialmächte und im Zenit ihrer Macht zwar jeweils Herausforderer der etablierten Hegemonialmächte, ver-

¹⁸ Vgl. dazu George Modelski, *The Study of Long Cycles*. In: Ders. (Hrsg.), *Exploring Long Cycles*. Boulder: Lynne Rienner 1987. S. 1-15.

¹⁹ Zur internationalen Rolle von Seemächten vgl. G. V. Scammell, *The World Encompassed: The First European Maritime Empires c. 800-1650*. London: Methuen 1981 mit Kapiteln zu den Wikingern, der Hanse, Venedig, Genua, Portugal etc.

mochten sich aber aufgrund mangelnder maritimer Stärke und zu geringer weltwirtschaftlicher Bedeutung nicht durchzusetzen.

Abb. 3: Hegemoniezyklen 1494-1993



Quelle: George Modelski, *The Study of Long Cycles*. In: Modelski 1987. S. 6.

Dieses Argument gilt sogar noch für den welthistorisch letzten Hegemonialkonflikt zwischen den USA und dem Herausforderer Sowjetunion²⁰. Die USA waren alles – Seemacht und Territorialmacht, Militärmacht und Weltwirtschaftsmacht, die Sowjetunion hingegen war nur Territorialmacht und Militärmacht auf Basis einer weltwirtschaftlich nicht konkurrenzfähigen Industrie. Aus dieser Perspektive müsste China, und nicht wie in den 1960er Jahren angenommen Brasilien oder in den 1980er Jahren angenommen Japan²¹, der künftige Herausforderer der amerikanischen Hegemonie sein.

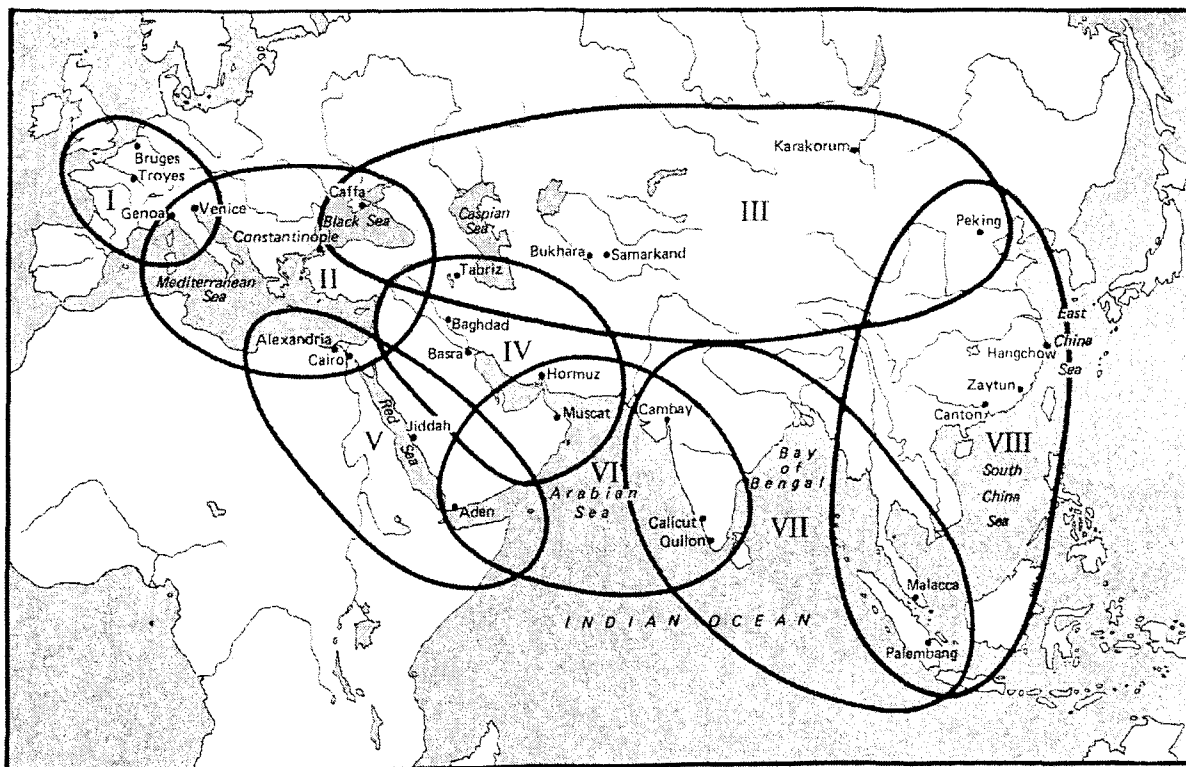
Unterstellt wird ferner, dass jede Hegemonialmacht einen Zyklus von Anlauf, Aufstieg, Reife, Niedergang und Auslauf beschreibt, wobei diese Zyklen sogar von jeweils annähernd hun-

²⁰ Vgl. dazu Ernst-Otto Czempiel, *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*. München: Beck 1989.

²¹ Vgl. dazu Deborah L. Haber, *Why "Pax Nipponica" Is Impossible*. In: *Asian Survey* 30. 1990, 9. S. 892-907.

dertjähriger Dauer gewesen sein sollen. Großbritannien habe es demnach bislang als einzige Macht vermocht, zwei Hegemoniezyklen zu durchlaufen, nachdem am Ende des ersten Hegemoniezyklus im 18. Jahrhundert die französische Herausforderung in Trafalgar und Waterloo erfolgreich abgewehrt werden konnte. Der zweite britische Hegemoniezyklus stützte sich dann zusätzlich auf den Umstand, dass Großbritannien das erste Land der Industriellen Revolution war. Das Ende des Ost-West-Konflikts und der amerikanische Triumph über die sowjetische Herausforderung am Ende des 20. Jhs. annonciert, dass auch die USA als nurmehr "einzige Supermacht" am Beginn des 21. Jhs. im Begriff sind, einen zweiten Hegemoniezyklus zu durchlaufen, wobei auch hier die Hegemonialposition im zweiten Zyklus eindeutiger als im ersten sein könnte²².

Abb. 4: Das alte Weltsystem vor Beginn der europäischen Welt-eroberung



Quelle: Abu Lughod 1989. S. 34.

²² Vgl. dazu allerdings skeptisch Joseph S. Nye, *The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*: Oxford: Oxford University Press 2002.

Wenn man allerdings eine außereuropäische Perspektive zugrunde legt, findet man gute Argumente, dass es etwa seit dem Jahre 1000 auch im asiatischen Raum chinesische, mongolische und wechselnde arabisch-indisch-chinesische Hegemonien gegeben hat, deren Zentren China/Zentralasien bzw. der Indische Ozean waren²³. Das mittelalterliche Europa mit den wirtschaftlichen Vorreitern Niederlande und Oberitalien war demzufolge nur der westliche Zipfel eines Weltsystems, das Europa mit Asien über die zentralasiatischen Überlandsrouten bzw. die Seerouten via Persischem Golf und Rotem Meer verband. Genua und später Venedig vermochten zwar politische und kommerzielle Hegemonien im Mittelmeerraum und im Schwarzen Meer mit Ausläufern bis in die Nordsee zu errichten, bedurften aber gleichzeitig der mongolischen, mamelukischen oder osmanischen Beherrschung des "Landwegs nach Indien". Der eigentliche Schwerpunkt der frühen weltwirtschaftlichen Aktivitäten lag demzufolge in den Subregionen Arabisches Meer, Golf von Bengalen und Südchinesisches Meer, ohne dass irgendeine europäische Macht darauf Einfluss nehmen konnte. Nur so wird auch verständlich, warum mit dem Ende der Kreuzzüge und der endgültigen Vertreibung der Europäer aus Palästina und Syrien die Suche des "Seewegs nach Indien" zu einem zentralen Motiv für die beginnende maritime Expansion Europas wurde, eine Suche, die erst von Genua und Venedig, später von Portugal und zuletzt von Spanien betrieben wurde²⁴. Gestritten wird allerdings darüber, ab wann das Eindringen der Europäer - erst der Portugiesen, dann der Niederländer und zuletzt der Engländer - in diese Region die Hegemonialordnung in Asien tatsächlich beeinflusst und die Hierar-

²³ Vgl. dazu Warren J. Cohen, *East Asia at the Center: Four Thousand Years of Engagement with the World*. New York: Columbia University Press 2000; Abu-Lughod 1989; Chaudhuri 1985, 1990; Anthony Reid, *Southeast Asia in the Age of Commerce 1450-1680*. Vol. 1: *The Lands Below the Winds*. Vol. 2: *Expansion and Crisis*. New Haven 1993; Louise Levathes, *When China Ruled the Seas: The Treasure Fleet of the Dragon Throne, 1405-1433*. New York 1994.

²⁴ Vgl. dazu etwa Henry Vignaud, *Toscanelli and Columbus: The Letter and Chart of Toscanelli*. London: Sands and Co. 1902.

chien verändert hat²⁵. Es spricht jedenfalls einiges dafür, dass die chinesische Führungsposition erst zu Beginn des 19. Jhs. wirklich erschüttert wurde. Aus dieser Perspektive ist der neuerliche Aufstieg Chinas, selbst das Wiedererstarken Indiens in der zweiten Hälfte des 20. Jhs., nicht mehr erstaunlich.

Eine entscheidende Frage lautet, wodurch der hegemoniale Aufstieg und Abstieg einzelner Mächte verursacht wird und ob dabei im Laufe der Zeit ein immer wiederkehrendes Muster identifizierbar ist. Folgt man den in der Literatur vorgebrachten Argumenten, so wird für den hegemonialen Aufstieg die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft als entscheidend angesehen. Solche Innovationen können sowohl technischer wie institutioneller Art sein. Es kommt darauf an, ob sie neue Leitsektoren hervorgebracht haben, die dazu beitragen, das wirtschaftliche, militärische und politische Potential eines Landes im Vergleich zu den Konkurrenten zu stärken²⁶. China vermochte während der Song-Dynastie aufzusteigen²⁷, weil es die Nassreiskultur entwickelte und später in Schiffsbau und Navigation führend war. Die Mongolen vermochten aufzusteigen aufgrund der zentralasiatischen "Kavallerierevolution", nämlich des Einsatzes von Pferden zu militärischen Zwecken, der Verwendung des Steigbügels, der das Schießen aus dem Sattel erlaubte, und der Koordination großer Reiterheere²⁸. Genua vermochte aufzusteigen, weil es an der Pax Mongolica partizipierte, als Ausrüster an den Kreuzzügen verdiente und den innereuropäischen Ost-West-Handel zwischen Schwarzem Meer, den Champagne-Messen und Flandern dominierte. Venedig vermochte aufzusteigen, weil es

²⁵ Vgl. dazu Charles R. Boxer, *The Portuguese Seaborne Empire, 1415-1825*. Manchester: Carcanet 1991; ders., *The Dutch Seaborne Empire 1600-1800*. London: Penguin 1990.

²⁶ Modelski/Thompson 1996.

²⁷ Mark Elvin, *The Pattern of the Chinese Past: A Social and Economic Interpretation*. Stanford: Stanford University Press 1973.

²⁸ Karl A. Wittfogel, *China und die osteurasische Kavallerie-Revolution*. Wiesbaden: Harrassowitz 1978.

im Bau von Galeeren führend war und mit Hilfe des staatlich organisierten Systems der "Galeere da Mercato" Genua zu verdrängen und den Handel zwischen Europa und dem Orient zu monopolisieren vermochte²⁹. Die Portugiesen stiegen auf, weil sie als erste Segelschiffe zu bauen vermochten, die den Atlantik befahren konnten, weil sie zu ihrer Zeit führend in der Navigation und Kartographie waren und insbesondere weil sie ihre Galeonen mit Kanonen bestückten. Diese wurden so zu schwimmenden Festungen und verwandelten die Burg von einem defensiven in ein offensives Waffensystem. Deshalb waren sie trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit in Asien in der Lage, jeden Feind zu bezwingen. Die Niederländer stiegen auf, weil sie sowohl im innereuropäischen Handel zwischen Nord- und Ostsee wie im Überseehandel mit Asien eine Führungsposition erringen konnten und weil Amsterdam zum ersten Zentrum der Weltfinanz wurde.

Während für China und die Mongolen die Führungsposition in Landwirtschaft oder Weidewirtschaft, für Genua, Venedig, Portugal oder die Niederlande die Führungsposition in Schifffahrt, Handel und Finanzwesen von wichtiger oder entscheidender Bedeutung war, traten seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Innovationen im industriellen Sektor und im 20. Jahrhundert im Dienstleistungssektor in den Vordergrund. Die Industrielle Revolution, die in England ihren Ausgang nahm, war nicht nur Grundlage der wirtschaftlichen Macht, sondern legte auch das technische und finanzielle Fundament für eine militärische Überlegenheit, die sich in der britischen Flotte oder den weltweiten Stützpunkten niederschlug. England war deshalb im 19. Jahrhundert mächtig genug, ein weltweites System des Freihandels durch Verträge oder "Kanonenbootdiplomatie" durchzusetzen. Für die USA werden für das 20. Jahrhundert die Innovationen im Automobilbau, im Flugzeugbau oder derzeit

²⁹ Eliyahn Ashtor, The Venetian Supremacy in Levantine Trade: Monopoly or Pre-Colonialism? In: The Journal of European Economic History 3. 1974, 1. S. 5-53.

im Finanzsektor oder in der Informationstechnik genannt. Letzteres ist die eigentliche Grundlage ihrer herausragenden militärischen Überlegenheit.

Abb. 5: Hegemoniezyklen und Leitsektoren von Seemächten

Lange Welle	Hegemonialmacht	Leitsektor	Zeitspanne
LW 1	China (Nördl. Sung)	K 1 Druck und Papier	930-990
		K 2 Herausbildung des Binnenmarkts, Naßreis, Eisen, Papiergeld	990-1060
LW 2	China (Südl. Sung)	K 3 öffentl. Finanzwesen, Reform des Tributsystems	1060-1120
		K 4 Expansion des Seehandels, Kompaß	1120-1190
LW 3	Genua	K 5 Champagne-Messen	1190-1250
		K 6 Schwarzmeerhandel	1250-1300
LW 4	Venedig	K 7 Galeerenflotten	1300-1355
		K 8 Pfeffer	1355-1430
LW 5	Portugal	K 9 Gold aus Guinea	1430-1494
		K 10 Indischer Pfeffer	1494-1540
LW 6	Niederlande	K 11 baltischer und atlantischer Handel	1540-1580
		K 12 Handel mit Fernost	1580-1640
LW 7	Großbritannien I	K 13 amerikanisch-asiatischer Handel (Zucker)	1640-1688
		K 14 amerikanisch-asiatischer Handel	1688-1740
LW 8	Großbritannien II	K 15 Baumwolle, Eisen	1740-1792
		K 16 Eisenbahn, Dampfmaschine	1792-1850
LW 9	USA I	K 17 Stahl, Chemie, Elektrotechnik	1850-1914
		K 18 Automobil, Flugzeug, Elektrotechnik	1914-1973
LW 10	USA II	K 19 Informationstechnik	1973-2030

LW = lange Welle; K = Kondratieff-Zyklus

Quelle: Modelski/Thompson 1996, S. 69, 171, 191 (leicht modifiziert).

Diesen Hegemoniezyklen oder "Langen Wellen" können wiederum mehrere kürzere "Kondratieff-Zyklen" zugrunde liegen, die durch unterschiedliche Innovationsschübe ausgelöst werden. Ob die Hegemoniezyklen und Kondratieff-Zylen tatsächlich immer

von hundert- bzw. fünfzigjähriger Dauer waren oder eine unterschiedliche Länge mit der Tendenz zur Verkürzung haben können, ist für das Argument grundsätzlich unerheblich. Da der Lebenszyklus von Innovationen sich verkürzt, spricht zumindest seit dem 20. Jahrhundert vieles für die Verkürzung der Zyklen und damit auch für eine raschere Abfolge von Hegemonialmächten³⁰.

So wie eine wirtschaftliche Grundlage notwendig ist, um militärische Macht zu erringen, die dann umgekehrt die wirtschaftliche Führungsposition unterstützt und sichern hilft, so lässt sich aus dieser Wechselwirkung auch der hegemoniale Niedergang erklären. Dieser setzt dann ein, wenn es zur imperialen Überdehnung kommt. Paul Kennedy ist durch dieses Argument berühmt geworden³¹. Damit ist gemeint, dass die hegemonialen Kosten, also der Aufwand zum Unterhalt der Flotte, der Armee, der Kolonialverwaltung, der weltweiten Stützpunkte größer werden als der hegemoniale Nutzen. Der militärische und administrative Apparat verschlingt einen immer größeren Anteil der verfügbaren Ressourcen, die der zivilen Nutzung entzogen sind und damit auch die weitere Innovationsfähigkeit beeinträchtigen³².

Der Niedergang des Mongolenreiches, des spanischen Habsburgerreiches, des Osmanischen Reiches oder zuletzt der Sowjetunion lässt sich so erklären. Auch die komplette neorealistische Literatur zum amerikanischen Niedergang (american decline) der 1970er/1980er Jahre hat so argumentiert³³, bis sie dann 1990 düpiert verstummte. Übersehen wurde, dass das Argument für die

³⁰ Vgl. dazu Ulrich Menzel, *Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht*. Braunschweig: TU Braunschweig 2. Aufl. 1996. = Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 13.

³¹ Kennedy 1989.

³² Vgl. dazu Carlo M. Cipolla (Hrsg.), *The Economic Decline of Empires*. London: Methuen 1970; Charles A. Kupchan, *The Vulnerability of Empire*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press 1994; Geir Lundstadt (Hrsg.), *The Fall of the Great Powers: Peace, Stability, and Legitimacy*. Oslo: Scandinavian University Press 1994.

³³ Dietmar Herz, *The American School of Decline. Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht*. In: *Neue Politische Literatur* 34. 1989, 1. S. 41-57.

Sowjetunion viel stärker galt und umgekehrt der vermeintliche hegemoniale Aspirant Japan gar keine machtpolitischen Ambitionen hatte und sich in der Rolle der "Zivilmacht" bzw. des free riders der amerikanischen Hegemonialordnung sehr gut einzurichten wusste. Gleiches gilt auch für die Bundesrepublik, die sich mit ihrer neuen Rolle als Weltmacht wider Willen besonders schwer tut³⁴.

Parallel zum Niedergang der einen Macht steigen andere Mächte auf, die zunächst Nutznießer der Hegemonialordnung sind, sich aber nicht oder nur kaum an deren Kosten beteiligen. So lässt sich der Aufstieg Genuas im 13. Jhd. im Schatten der Pax Mongolica oder der Niederlande im 17. Jhd. erklären, die als Teil des Habsburger Reiches auch Teil des spanischen Imperiums waren. Von dort bezog Spanien seine Konsum- und Luxusgüter, die es mit dem in Amerika geraubten Edelmetall bezahlte. Die Niederlande waren es auch, die nach dem Niedergang Portugals dessen Besitzungen in Afrika, in Asien und zum Teil sogar in Brasilien übernehmen konnten und in Recife (früher "Moritzstadt") die Hauptstadt von Niederländisch-Brasilien errichteten. Die Portugiesen ganz aus Brasilien zu vertreiben, scheiterte allerdings, weil der niederländische Versuch zur Eroberung Bahias zweimal abgewehrt werden konnte. Jedenfalls hatte der Westfälische Frieden, der eine neue internationale Ordnung, u.a. auch den Frieden zwischen Spanien und den Niederlanden, errichtete, friedensstiftende Wirkung weit über Mitteleuropa hinaus und galt z.B. auch für Brasilien. Sehr viel später lässt sich auch der Wiederaufstieg Japans oder Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg im Schatten der amerikanischen Hegemonie erklären.

Wie kommt es nun zur Ablösung von Hegemonialmächten? Hier lautet die Antwort: Im Zuge von immer wiederkehrenden globalen

³⁴ Christian Hacke, Weltmacht wider Willen? Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt: Ullstein 1993.

Kriegen, die als hegemoniale Ausscheidungskämpfe bezeichnet werden³⁵. Große Mächte, die sich aufgrund besonderer Innovationsfähigkeit in der Aufstiegsphase befinden, werden zu hegemonialen Aspiranten, beanspruchen eine Revision der internationalen Ordnung in ihrem Sinne und suchen diese, wenn es nicht anders geht, auch militärisch durchzusetzen. So wird z.B. die französische Politik Ende des 19. Jahrhunderts oder die deutsche oder japanische Politik im Vorfeld des Ersten³⁶ und Zweiten Weltkriegs erklärt. Umgekehrt suchen die etablierten Mächte den drohenden Hegemonialverlust abzuwehren, indem sie zusätzliche militärische Anstrengungen machen und damit womöglich eine weitere imperiale Überdehnung in Kauf nehmen.

Die Kriege zwischen den Song und Mongolen bzw. den Mongolen und den Ming in China, die Seekriege zwischen Genua, Pisa und Venedig um die Vorherrschaft im Mittelmeer³⁷ oder die Italienischen Kriege zwischen Spanien und Frankreich, die das Ende der Blütezeit der oberitalienischen Stadtrepubliken markierten, die Seekriege zwischen Spanien und England im 16. Jhd. bzw. zwischen England und den Niederlanden im 17. Jhd., der Dreißigjährige Krieg zwischen Schweden, Frankreich und dem Reich, die Napoleonischen Kriege, der Erste und der Zweite Weltkrieg in Europa und Asien, sind mithin als hegemoniale Ausscheidungskämpfe zu interpretieren, in deren Verlauf sich entweder die aufsteigende Macht durchsetzte oder sich die alte Hegemonialmacht zu behaupten vermochte oder sogar eine dritte Macht Nutznießer der Erschöpfung der beiden Rivalen war. Das klassische Beispiel für den letzteren Fall waren die USA als der eigentliche Nutznießer der englisch-deutschen Rivalität im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Nur fehlte den USA 1919 der politische Wille zur Hegemonie, obwohl die Ressourcen bereits vor-

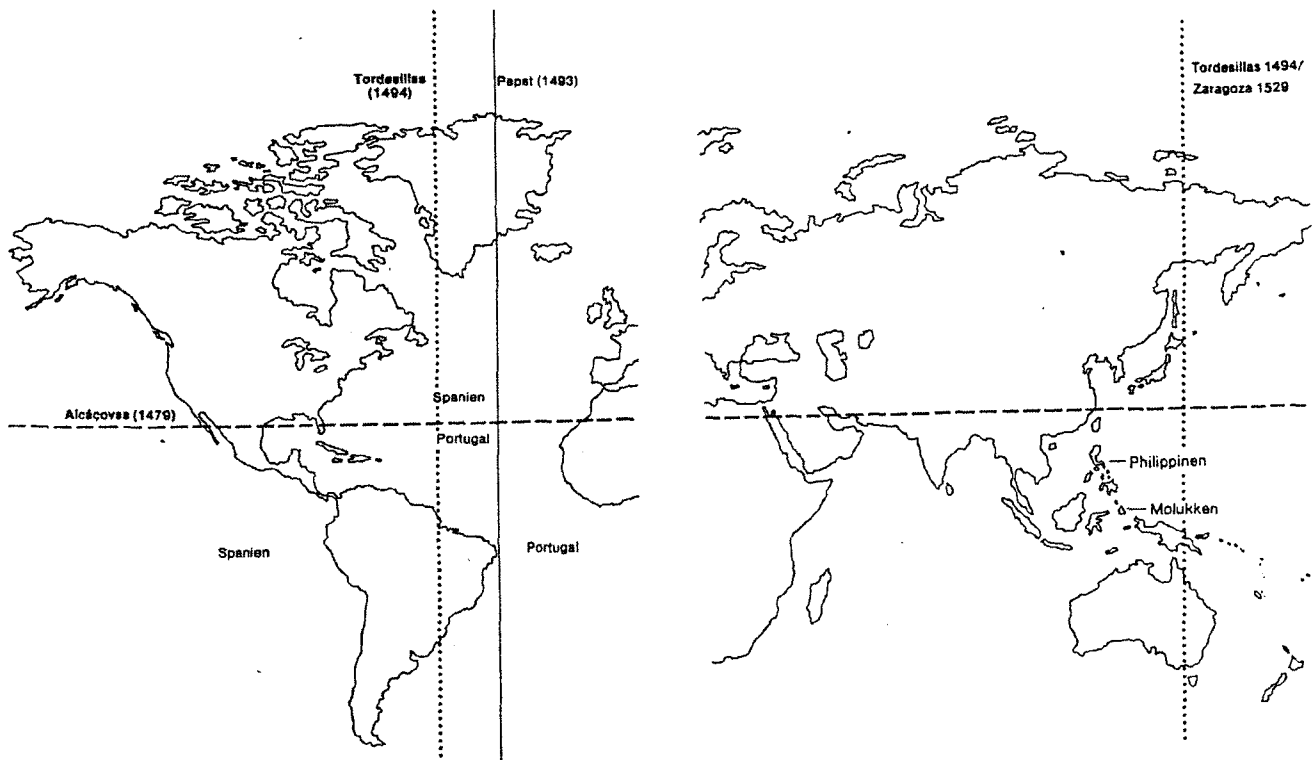
³⁵ Rasler/Thompson 1994.

³⁶ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Kaiserlichen Deutschlands 1914/18. Düsseldorf: Droste 1961.

³⁷ Zu den Einzelheiten vgl. Georg Caro, Genua und die Mächte am Mittelmeer 1257-1311. Ein Beitrag zur Geschichte des XIII. Jahrhunderts. 2 Bde. Aalen: Scientia 1967. (1. Aufl. Halle 1895).

handen waren. Stattdessen kehrten sie zu einem neuerlichen Isolationismus zurück. Selbst die Ratifizierung eines zu viel weniger verpflichtendem idealistischen Projekts, des Völkerbundvertrages, wurde vom amerikanischen Kongress verweigert. Die Führungsrolle nahmen sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg wahr. Folglich befinden sie sich seit dem Scheitern des hegemonialen Herausforderers Sowjetunion nach der Wende der Jahre 1989/90 im Zenit ihrer Macht.

Abb. 6: Die Demarkationslinien von Alcáçovas, Tordesillas und Zaragoza



Quelle: A.H. de Oliveira Marques, History of Portugal. Bd. 1. New York 1972. S. 225, 227.

Am Ende solcher globalen Kriege verfügte der neue Hegemon auch eine "Neue Weltordnung"³⁸. Der Friede von Shan-Yuan 1005 zwischen Song-China und den Liao, einem zentralasiatischen Noma-

³⁸ Zur Geschichte der Weltfriedensordnung vgl. Philip Bobbitt, The Shield of Achilles: War, Peace and the Course of History. London: Penguin 2002.

denvolk³⁹, der Vertrag von Tordesillas⁴⁰ zwischen Portugal und Spanien im Jahre 1494 über die Aufteilung der außereuropäischen Welt⁴¹, der Westfälische Friede von 1648, der Friede von Utrecht im Jahre 1713, der Wiener Kongress von 1815, die Friedenskonferenzen von Versailles im Jahre 1919 oder Jalta bzw. Potsdam im Jahre 1945 oder zuletzt die "Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika" (NSS) aus dem Jahre 2002 etablierten jeweils Weltordnungen, die wesentlich von den neuen Führungsmächten konzipiert, politisch durchgesetzt, wirtschaftlich getragen und auf deren Interessen zugeschnitten waren. Die anschließenden Friedensphasen währten allerdings immer nur so lange, wie die neue Hegemonialmacht in der Lage war, die internationale Ordnung aufrecht zu erhalten. War sie dazu nicht mehr in der Lage, nahm auch die Konfliktträchtigkeit des internationalen Systems wieder zu.

Die Ordnung von Tordesillas z.B. war äußerlich eine Doppelhegemonie, wenngleich Portugal in Wirklichkeit Spanien übervorteilt hat, weil sich erstens in seiner östlichen Hemisphäre der Seeweg nach Indien tatsächlich befand, während die Spanier mit der Westroute einem Irrtum unterlegen waren, und weil sie zweitens die Demarkationslinie so weit nach Westen zu verschieben vermochten, dass sie in Brasilien Fuß fassen konnten. Erst 1580 hatte die Tordesillas-Linie mit der Annexion Portugals durch Spanien ihre Gültigkeit verloren, auch wenn sie im Grunde bereits seit den 1560er Jahren gegenüber Dritten nicht mehr durchsetzbar war. Für Brasilien ist sie allerdings von Bedeutung geblieben. Die Ordnung von Utrecht (1713) markierte nicht nur das Ende des Spanischen Erbfolgekrieges und die Ab-

³⁹ Vgl. dazu Christian Schwarz-Schilling, Der Friede von Shan-Yuan (1005 n. Chr.). Ein Beitrag zur Geschichte der chinesischen Diplomatie. Wiesbaden: Harrassowitz 1959.

⁴⁰ Erich Mende, In Tordesillas wurde die Welt geteilt. Wie sich Spanien und Portugal arrangierten. In: Damals: Das aktuelle Geschichtsmagazin 15. 1983, 10. S. 896-904.

⁴¹ Analog zu den Arbeiten von Boxer über Portugal vgl. J.H. Parry, The Spanish Seaborne Empire. Berkeley: University of California Press 1990.

lösung der Niederlande durch England als führende Seemacht, sie markierte auch den Beginn des "europäischen Konzerts" der fünf Mächte (England, Frankreich, Österreich-Ungarn, Russland und Preußen), deren wechselnde Bündniskonstellationen für nahezu 200 Jahre immer wieder für ein Gleichgewicht in Europa sorgten. Hegemoniale Ordnungen mit weltweiter Reichweite können also durchaus mit Ordnungen regionaler Reichweite einhergehen, die dem realistischen Paradigma des Gleichgewichts folgen. Bemerkenswert ist auch, dass im Schatten der aktuellen amerikanischen Hegemonie weltweit eine europäische Ordnung auf kooperativer, also idealistischer Basis, zustande gekommen ist.

Abb. 7: Das Utrechter System des Gleichgewichts der Mächte



Quelle: Christian Zentner: Der große Bildatlas zur Weltgeschichte. München 1982. S. 490.

Wenn man diese Interpretation der Weltgeschichte fortschreibt, dann war der Kalte Krieg zwischen den beiden Supermächten der letzte große hegemoniale Ausscheidungskampf. Die USA haben diesen Kampf gewonnen, weil sie innovativer waren als die Sowjetunion und weil das Argument der imperialen Überdehnung angesichts der viel geringeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eher auf die Sowjetunion als auf die USA zugetroffen hat. Die USA stehen am Beginn eines neuen und diesmal unangefochtenen Hegemoniezyklus, der sich auf ihre Stärke im Bereich der Informationstechnologien, im Finanzwesen, im Mediensektor, aber nicht mehr auf die klassischen Industrien stützt. Aufgrund ihrer finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit werden sie auch weiterhin die militärisch führende Rolle spielen und diese weltweit exekutieren wie zweimal im Irak, in Ex-Jugoslawien oder in Afghanistan vorgeführt. Auch die fortschreitende Technisierung und Informationalisierung der Kriegsführung weist in diese Richtung.

Russland ist auf absehbare Zeit zu einer zweitrangigen Macht abgesunken, die europäischen Mittelmächte oder Japan werden als Trittbrettfahrer an der neuen Weltordnung der USA partizipieren, während am ehesten China in den nächsten 20 Jahren als neuer hegemonialer Herausforderer denkbar ist. Zumindest deutet eine Fortschreibung des chinesischen Wirtschaftswachstums darauf hin, dass das Sozialprodukt der USA in den nächsten 20 Jahren erreicht, wenn nicht überschritten werden kann. Der Wille zur Macht ist auf chinesischer Seite zweifellos gegeben, die militärischen Anstrengungen - seit jüngstem sogar in der bemannten Raumfahrt - sind unverkennbar. Entsprechende Konflikte mit den USA, wie sie sich im Handel bereits ankündigen, scheinen deshalb vorprogrammiert.

Das amerikanische Selbstbewusstsein, die unangefochtene Hegemonialmacht zu sein, die Rolle des Weltpolizisten zu übernehmen und die internationale Ordnung zu stiften - dazu gehören

auch der Kampf gegen den Terrorismus, gegen die "Schurkenstaaten", gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und die Interventionen in den gescheiterten Staaten - muss es ausschließen, dass die USA eine andere weltordnungspolitische Option wie etwa das idealistische Projekt des Multilateralismus unter dem Dach der Vereinten Nationen akzeptieren. Genau dies lehrt uns die Geschichte von Aufstieg und Niedergang der großen Mächte.

Das multilateralistische, in der idealistischen Tradition stehende Projekt der Europäischen Integration, das sich mittlerweile sogar in Richtung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bewegt und damit den eigentlichen Kernbereich nationaler Souveränität transzendiert, ist eine ordnungspolitische Alternative. Auch wenn es hier nicht um die utopische Vorstellung von global governance, sondern bescheidener um regional governance geht, so kann die europäische Einigung aus amerikanischer Sicht - offen oder klammheimlich - nur auf Ablehnung stoßen. Auf Ablehnung deshalb, weil die Europäische Union als Spaltung des Westens und als Herausforderung des amerikanischen Führungsanspruchs verstanden wird. So stehen sich eine auf den militärischen Bereich ausgedehnte EU als europäische und das Konzept einer transatlantischen Freihandelszone (TAFTA) als deckungsgleicher Raum zur NATO als amerikanische Alternative gegenüber. Letzteres wäre zugleich der institutionelle Rahmen der amerikanischen Hegemonie.

Das eingangs genannte vierte, das imperialistische Weltordnungsmodell, das die Beherrschung der Welt durch Welteroberung vorsieht, ist nicht zu verwechseln mit einer hegemonialen Ordnung, die eher auf indirekte Vorherrschaft setzt. Diese ist im Verlauf der Weltgeschichte mehrfach verfolgt worden - zu nennen wäre etwa der Versuch der Mongolen, die gesamte Welt zu erobern - ist aber niemals wirklich realisiert worden. Die Spanischen Habsburger sind ihm 1580 nach der Eingliederung Portugals recht nahe gekommen. Gleiches

Portugals recht nahe gekommen. Gleiches gilt für den Höhepunkt des britischen Empire - schon von der Semantik her nicht zu verwechseln mit der Pax Britannica. Das "Zeitalter des Imperialismus" vor dem Ersten Weltkrieg war, wenn man so will, die letzte Phase in der Weltgeschichte, in der sich die führenden Mächte an diesem Modell orientiert haben. Mit der Entkolonialisierung seit 1945 ist diese Option Geschichte. Der neue Interventionismus, ob humanitär oder neohegemonial begründet, folgt jedenfalls nicht der klassischen imperialistischen Logik, selbst wenn dies auf Seiten der Kritiker immer wieder unterstellt wird.

Gegenwärtig konkurrieren deshalb nur drei Modelle, das idealistische (Verrechtlichung und global governance), das realistische (Macht- und Bündnispolitik) und das hegemoniale (Ordnung durch internationale öffentliche Güter), miteinander. Der aktuelle europäisch-amerikanische Konflikt ist dabei im Kern ein Konflikt um die Frage, ob der Multilateralismus nach dem Muster der Europäischen Integration oder der amerikanische Hegemonialanspruch das adäquate Modell zur Ordnung der Welt und zur Lösung der Weltprobleme ist. Die Reserviertheit von Ländern wie China, Indien, Russland oder selbst Israel gegenüber beiden Vorstellungen zeigt allerdings, dass auch die realistische Option, das Pochen auf der uneingeschränkten Souveränität, weiterhin verfolgt wird und sich damit auch Bündnisse wie die NATO nicht völlig überlebt haben, da sie jederzeit im Sinne ihrer alten Logik wieder reaktiviert werden können⁴².

⁴² Im Kontext dieser Überlegungen vgl. Ulrich Menzel, Paradoxien der neuen Weltordnung. Politische Essays. Frankfurt: Suhrkamp 2004

F O R S C H U N G S B E R I C H T E
aus dem Institut für Sozialwissenschaften (ISW)

Das Institut für Sozialwissenschaften gibt Forschungsberichte heraus, die die Forschungsarbeiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dokumentieren. Die Nummern 1-15 sind als Forschungsberichte des Seminars für Politikwissenschaft und Soziologie erschienen.

1. Krieger, Ingrid/Lompe, Klaus: Zur Lebenslage von Frauen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ein Ost-West-Vergleich. Erste Interpretation empirischer Ergebnisse und Konsequenzen für die Instrumente des „zweiten“ Arbeitsmarktes. November 1993, 2. Aufl. April 1994. 52 S.
2. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Von der Automobilregion zur Verkehrskompetenzregion". Die Region als politisches und ökonomisches Handlungsfeld für die Steuerung politischer, sozialer und technologischer Innovationen. Januar 1994, 3. Aufl. April 1994. 52 S.
3. Vogel, Ulrike: Fachengagement und Studienerfolg bei Ingenieurstudentinnen und -studenten. Zur Entwicklung verallgemeinerungsfähiger Aussagen in einer qualitativen Studie. April 1994. 30 S.
4. Menzel, Ulrich: Der Flug des Drachen. Nachholende Modernisierung in Ostasien aus entwicklungspolitischer Perspektive. Mai 1994. 83 S. (vergriffen)
5. Lompe, Klaus/Blöcker, Antje/Lux, Barbara/Syring, Oliver: Neue Formen der Kooperation und der wissenschaftlichen Politikberatung in der Region - Wirkungen und Folgeaktivitäten des HBS-Projektes: "Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie" unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaften als regionale Akteure der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Südostniedersachsen. September 1994. 125 S.
6. Hummel, Hartwig: Weltmacht wider Willen? Japan in der internationalen Politik der neunziger Jahre. Januar 1995. 40 S.
7. Lompe, Klaus (Hrsg.): "Perspektiven der Regionalisierung der Strukturpolitik in Niedersachsen". Dokumentation eines Workshops am 21.10.1994 in Braunschweig. Februar 1995. 103 S.
8. Lompe, Klaus/Warnecke, Dirk: "Die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen als Diversifikationsstrategie zur Beschäftigungssicherung in der Region Südostniedersachsen? - Dokumentation eines Symposiums am 9.2.1995 in Wolfsburg/Fallersleben. Juni 1995. 100 S.
9. Vogel, Ulrike: Zur Qualifikation von Studentinnen und Studenten der Ingenieurwissenschaften. Empirische Ergebnisse. September 1995. 40 S.
10. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: Die Ethnisierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und daraus resultierende Konflikte. Entwurf eines Forschungsprojekts. Oktober 1995. 32 S.
11. Hummel, Hartwig/Wehrhöfer, Birgit: Geopolitische Identitäten. Kritik der Ethnisierung einer sich regionalisierenden Welt als paradigmatische Erweiterung der Friedensforschung. Januar 1996. 33 S.
12. Lompe, Klaus/Mangels-Voeigt, Birgit/Düsing, Ralf/Fricke, Gerald/Vlcek, Olaf: Zur Diskussion abnehmender Handlungsfähigkeit des Zentralstaates und der Rolle neuerdezentraler Verhandlungssysteme. Februar 1996. 136 S.
13. Menzel, Ulrich: Lange Wellen und Hegemonie. Ein Literaturbericht. 2. Aufl. November 1996. 58 S.
14. Gambe, Annabelle: Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1996. 145 S.
15. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia: Zur Steigerung der „Attraktivität“ des Ingenieurstudiums. Vorarbeiten zu einem empirischen Projekt. Dezember 1996. 45 S.
16. Hummel, Hartwig: „Japan Bashing“. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu Japan im politischen Diskurs der USA. Februar 1997. 68 S.

17. Wehrhöfer, Birgit: Der französische Migrationsdiskurs als Beitrag zur ethnischen Grenzziehung Europas. Februar 1997; 2. Aufl. Juli 1998. 87 S.
18. Menzel, Ulrich: The West Against the Rest. Samuel Huntingtons Rekonstruktion des Westens. Mai 1997; 3. überarb. u. erw. Aufl. August 2003. 42 S.
19. Lompe, Klaus/Schirmacher, Andrea/Warnecke, Dirk: Regionales Risikokapital und Existenzgründung. September 1997. 185 S.
20. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Katharina Varga: Theorie der Internationalen Beziehungen: Einführung und systematische Bibliographie. Oktober 1997, 3. Aufl. Oktober 1998. 151 S.
21. Hummel, Hartwig: Der neue Asianismus. Die Ethnisierung der Handelsbeziehungen zu den USA im politischen Diskurs Japans. November 1997. 76 S.
22. Gambe, Annabelle: Competitive Collaboration: Western Liberal and Overseas Chinese Entrepreneurship in Southeast Asia. November 1997. 101 S.
23. Wehrhöfer, Birgit: Das Ende der Gemütlichkeit. Ethnisierung im deutschen Migrationsdiskurs nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. November 1997. 121 S.
24. Gambe, Annabelle/Hummel, Hartwig/Menzel, Ulrich/Wehrhöfer, Birgit: "Kampf der Kulturen" in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen? Februar 1998, 2. Aufl. Oktober 1998. 95 S.
25. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia/Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zum Interesse am Technikstudium bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. April 1998. 91 S.
26. Lompe, Klaus (Hrsg.): Verbundspezifische Projekte im Rahmen regionalisierter Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation eines Workshops am 12.11.1998. Januar 1999. 59 S.
27. Dietz, Bernhard/Menzel, Ulrich: "Brandstifter" oder Anwälte des demokratischen Friedens? Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten. Untersucht anhand politischer Entscheidungsprozesse der deutschen Bundesregierung in ausgewählten militärischen Konflikten der 1990 Jahre. Entwurf eines Forschungsprojekts. März 1999. 2. Aufl. Februar 2001. 34 S.
28. Vogel, Ulrike/Capello, Claudia /Meinel, Tanja/Brants, Oliver/Carsten, Ingo: Zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurstudium. Bericht über Maßnahmen im Studium. März 1999. 127 S.
29. Okfen, Nuria: Das Asia-Europe-Meeting – Eine neue Partnerschaft? März 1999, 2. Aufl. Januar 2000. 95 S.
30. Menzel, Ulrich: Jenseits des Staates oder Renaissance des Staates? Zwei kleine politische Schriften. März 1999. 2. Aufl. Januar 2000. 59 S.
31. Vogel, Ulrike/Meinel, Tanja/Capello, Claudia/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Zur Effizienz des Magisterstudiengangs an der TU Braunschweig. März 1999. 48 S.
32. Lipper, Tobias: Die Realität des Virtuellen. Grundüberlegungen zur empirischen Usenet-Forschung. Mai 1999. 53 S.
33. Hummel, Hartwig: Schwindet die Bedeutung der UNO? Juli 1999. 21 S.
34. Rehfeld, Dieter: Regionalisierungsprozesse – eine Zwischenbilanz. Februar 2000. 52 S.
35. Dietz, Bernhard: Medienberichterstattung, "Öffentliche Meinung" und Außenpolitik. Grundelemente eines interdisziplinären Forschungsansatzes. Februar 2000. 48 S.
36. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Brants, Oliver/Thomas, Dirk: Befragungen von Absolventinnen und Absolventen sowie Studierenden zur "Attraktivität" des Ingenieurstudiums. März 2000. 57 S.
37. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. März 2000. 53 S.
38. Matthias, Maik: Internet Governance. Der Wandel des Domain Name Service. April 2000. 87 S.
39. Menzel, Ulrich: Eurozentrismus versus ReOrientierung. Die Rückkehr der großen Theorie in die entwicklungspolitische Debatte. Oktober 2000. 30 S.

40. Vogel, Ulrike/Fröhlich, Evelin: Frauen und Männer im neuen Ehrenamt im Landkreis Gifhorn. November 2000. 40 S.
41. Kämmer, Olaf: Internet oder Chinanet. Chinesische Datennetze zwischen Modernisierungserfordernis und staatlichem Kontrollanspruch. Dezember 2000. 43 S.
42. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana/Thomas, Dirk: Studienprobleme und Gefahren des Studienabbruchs im Ingenieurstudium. Februar 2001. 90 S.
43. Priesemann, Christina/Vogel, Ulrike/Hahn, Manuela/Wenzel, Gabriele/Priesemann, Thomas: Lokale Abfallwirtschaft und Entsorgungsverhalten von Frauen und Männern. Juni 2001. 238 S.
44. Böckmann, Britta/Rademacher, Horst/Schramm, Michael: Innovative Berufs- und Ausbildungsaktionen für Straffällige, Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Projekts des Nds. Justizministeriums und der Europäischen Kommission als EU-Projekt nach Art. 6 der ESF-Verordnung. Januar 2002. 184 S.
45. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (I). Methoden- und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der Salzgitter AG/PPS. Dezember 2001. 141 S.
46. Heinrich, Katharina/Vogel, Ulrike: Bildungsentscheidungen nach Schicht und Geschlecht. Eine empirische Untersuchung zu Studierenden der Ingenieurwissenschaften an einer Fachhochschule. März 2002. 172 S.
47. Menzel, Ulrich unter Mitarbeit von Stefan Jahns: Ausländische Studierende an der TU Braunschweig. Bestandsaufnahme und hochschulpolitische Empfehlungen. März 2002. 154 S.
48. Rölke, Peter: Mitbestimmung 2000 (II). Methoden – und Ergebnisbericht einer Belegschaftsumfrage bei der EKO Stahl GmbH. März 2002. 169 S.
49. Lompe, Klaus (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der Montanmitbestimmung. Dokumentation eines Symposiums am 1.3.2002, Oktober 2002. 116 S.
50. Vogel, Ulrike/Hinz, Christiana: Biographische Erfahrungen und Karriere-Entscheidungen bei Frauen auf dem Weg in Führungspositionen der Wissenschaft. Februar 2003. 196 S.
51. Huk, Thomas: Multimediales Lernen – ein Überblick über die Forschungslandschaft, Juni 2003. 34 S.
52. Huk, Thomas/Lipper, Tobias/Steinke, Mattias/Floto, Christian: CRIMP: Medienwissenschaftliche Untersuchung multimedialer Lernsoftware – ein Forschungsansatz, Juni 2003. 42 S.
53. Menzel, Ulrich: Die neue Hegemonie der USA und die Krise des Multilateralismus. Juni 2003. 60 S. 2. Aufl. Dezember 2003.
54. Loges, Bastian: Gibt es ein Regime humanitärer Intervention unter dem Dach der Vereinten Nationen? September 2003. 88 S.
55. Lompe, Klaus/Weis, Hinrich: Arbeits-Stadt-Region 2030 Südostniedersachsen. Oktober 2003. 142 S.
56. Blöcker, Antje: ArbeitnehmerInnen – Beteiligung an Regionalisierungsprozessen in Südostniedersachsen und Südniedersachsen. Oktober 2003. 46 S.
57. Loges, Bastian/Menzel, Ulrich/Ulbricht, Sascha: Die Debatte um humanitäre Intervention, die Doktrinen der USA und die Regimebildung durch die Vereinten Nationen. Dezember 2003, 43 S.
58. Burges, Katharina: Internationale Beziehungen in Deutschland. Vorgeschichte und institutionelle Anfänge bis zum Beginn der 1960er Jahre. Mit einem Vorwort von Ulrich Menzel. Februar 2004. 203 S.
59. Menzel, Ulrich: Anarchie der Staatenwelt oder hegemoniale Ordnung? Mai 2004. 26 S.

Die Forschungsberichte können beim Institut für Sozialwissenschaften zum Selbstkostenpreis + Portokosten bestellt werden.
 Anschrift: Bienroder Weg 97, 38092 Braunschweig, Tel. 0531-391-8917, FAX 0531-391-8918

